

CDU-Landesverband Sachsen | Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden

Sächsischer Richterverein Herrn Reinhard Schade Lessingstraße 7 02625 Bautzen

Ihr Schreiben vom 14. Juni 2019 | Positionspapier des Sächsischen Richtervereins

Wir wollen, dass die Menschen in Sachsen sicher leben können. Sicherheit ist das A und O. Deshalb setzen wir auf einen starken Staat, der Recht gewährleistet und durchsetzt. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ist unser modernes Staatswesen nicht denkbar.

Das Justizsystem statten wir so aus, dass Straftaten schnell und konsequent geahndet werden können und Recht zügig gesprochen werden kann. Neben den bereits im vergangenen Doppelhaushalten geschaffen Stellen für Richter, Staatsanwälte, Rechtpfleger, Justizwachtmeister und Justizvollzugsbedienstete haben wir ebenfalls einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Justizpersonal gelegt. So ist es gelungen, vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2019 einen Stellenzuwachs für die Justiz von insgesamt über 500 Stellen herbeizuführen. Positiv ist auch, dass dies neben dem starken Engagement der Richter und Richterinnen sowie der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen wie der übrigen Justizbediensteten dazu geführt hat, dass die Verfahrensbestände – trotz des massiven Anstieges in den Asylsachen – gerichtsbarkeitsübergreifend zu einer Reduzierung der Bestände von über 10.000 Verfahren geführt hat. Das zeigt, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg richtig liegen.

Deshalb werden wir die Justiz auch in den kommenden Jahren mit neuen Stellen stärken. Darüber hinaus werden wird die bisher im Einzelplan 06 der Justiz enthaltenden restlichen kw-Vermerke, die aktuell pauschal in die Zeit nach 2021 verschoben wurden, streichen, damit auch künftig freiwerdende Stellen wieder besetzt werden können.

Darum ist es wichtig, die Justiz als attraktiven Arbeitgeber darzustellen. Voraussetzung dafür ist neben der Planungssicherheit im Justizdienst daher die Attraktivität der Besoldung, die in den letzten Jahren – auch dank des Mitwirkens des SRV – wieder hergestellt werden konnte. Wir werden diesen Weg weiter gemeinsam gehen, denn der Wettstreit um kluge Köpfe macht – insbesondere angesichts des bevorstehenden Generationenumbaus – auch vor der Justiz und der gesamten öffentlichen Verwaltung keinen Halt. Wir wollen im Kampf um die klugen Köpfe u.a. die Bedingungen für Rechtsreferendare verbessern und diese künftig wieder verbeamten. Ebenso begrüßen wir die Möglichkeit, Proberichter und Proberichterinnen künftig wieder bei Gericht auf Lebenszeit zu ernennen, vor dem Hintergrund des so möglichen Wissenstransfers.

Klar ist für uns aber auch, dass in die IT-Infrastruktur der sächsischen Justiz weiter zu investieren ist. Deshalb haben wir im aktuellen Doppelhaushalt 40 Mio. EUR bereitgestellt. Damit soll u.a. die Einführung der elektronischen Gerichtsakte finanziert werden. Zudem wurde die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz (LIT) weiterhin gestärkt.

Auch wir als CDU Sachsen halten eine Rechtsstaatsoffensive für wichtig und richtig. Deshalb haben wir uns stark für die Ansiedlung des Forums Recht in Sachsen stark gemacht. Die Stärkung des BGH-und GBA-Standortes in Leipzig haben wir unterstützt. Im aktuellen Doppelhaushalt wurden auf Initiative der CDU-Fraktion explizit sechs Stellen für Pressesprecher bei den Staatsanwaltschaften geschaffen, um die aktive Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwaltschaften zu stärken und konsequenter gegen falsche Darstellungen vorzugehen. An diesem Weg wollen wir festhalten.

Wir unterstützen Bestrebungen, den Rechtskundeunterricht weiter zu stärken, und sind den zahlreichen landesweit tätigen sächsischen Richtern und Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen sowie den Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen sehr dankbar für ihr Engagement, durch das den Schulen die Möglichkeit für die Erteilung von Rechtskundeunterricht mit den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, Strafrecht, Zivilcourage, wehrhafte Demokratie gegeben wird. Dafür wurden in sämtlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften Ansprechpartner installiert.

Ebenso findet es unsere Unterstützung, dass auch im Bereich der Erwachsenenbildung rechtsstaatliche Strukturen stärker vermittelt werden.

Abschließend möchten wir auf unser Regierungsprogramm 2024 "Von Sachsen. Für Sachsen." hinweisen, in dessen Abschnitt 2 unter dem Titel "Recht sichert Freiheit" zahlreiche weitere rechtspolitische Maßnahmen aufgeführt haben. Sie finden es in der Anlage.